

### Aus dem Inhalt:

- 0 Aus dem Gemeinderat
- 0 Budget
- 0 Gebührenerhöhungen
- 0 KPÖ-Sozialfonds
- 0 Sparkassenstiftung

### Liebe Knittelfelderinnen und Knittelfelder!

**Die Corona Pandemie hat unser Leben in einem Ausmaß verändert, wie wir es uns noch vor einem Jahr niemals hätten vorstellen können.**

Ausgangssperren, die Schließung von Schulen, Kindergärten, Kultureinrichtungen, Gaststätten und Geschäften. Krankenhäuser am Limit ihrer Aufnahmekapazitäten, Spitals- und Pflegepersonal am Rande ihrer Belastbarkeit und leider sind auch zahlreiche Todesopfer der Corona Pandemie zu beklagen.

Viele Menschen sind arbeitslos oder von Kurzarbeit betroffen und müssen daher ihr Leben mit viel weniger Einkommen meistern. Viele Gewerbetreibende haben durch den Lock-Down existenzbedrohende Einbußen erlitten. Kulturschaffende stehen vor dem Nichts. Die Regierung hat viel versprochen, aber allzu oft kommen die Hilfen zu spät oder gar nicht zu den am meisten Betroffenen.

Wie bei jeder Krise treten nun die Folgen von Fehlentwicklungen und Mängel in einer Gesellschaft offen zu Tage. Nun rächen sich die Kürzungen im Gesundheitsbereich, wie Spitalsschließungen, Bettenreduzierungen und Personalabbau. Nun zeigt sich am Beispiel der Produktionsverlagerung von Medikamenten und Schutzkleidung ins Ausland der Wahnsinn des globalisierten Kapitalismus.

Nun wird klar, wie völlig unzureichend die Nettoersatzrate von 55 % beim Arbeitslosengeld ist. Nun zeigt sich, dass vor allem Frauen die Hauptlast der Krise tragen, im Pflegebereich und bei der Kinderbetreuung. Nun wird deutlich, dass Kinder ärmerer Eltern im Bildungssystem benachteiligt sind. Es zeigt sich aber auch, dass es viele Gewinner gibt die gut an der Krise verdienen und dass die Reichen auch in Krisenzeiten reicher geworden sind.

Viele Menschen sehen besorgt in die Zukunft - und das zu Recht. Gigantische Geldbeträge wurden aufgenommen und es stellt sich die Frage wer die vielen Milliarden zurückzahlen wird. Es droht eine sozialer Kahlschlag. Nach der Krise werden viele Menschen froh sein wieder Arbeit zu haben, das wird die Position der Unternehmer noch mehr stärken. Viele kleine Gewerbetreibende werden auf der Strecke bleiben, Konzerne und Großunternehmen werden noch mächtiger. Welche Auswirkungen werden die verordneten Zwangsmaßnahmen auf unsere künftige Demokratie haben? Das ist nur ein Ausschnitt an Problemen, die sich in den nächsten Jahren stellen werden. Doch wie sich die Zukunft gestalten wird liegt auch in unserer Hand.

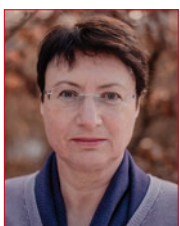
*„Was für eine Welt könnten wir bauen, wenn wir die Kräfte, die ein Krieg entfesselt für den Aufbau einsetzen. Ein Zehntel der Energien, ein Bruchteil des Geldes wäre hinreichend um den Menschen aller Länder zu einem menschenwürdigen Leben zu verhelfen.“*

**Albert Einstein**



**Jede Krise ist auch eine Chance. Damit wir eine gute Zukunft haben ist es dringend notwendig sich für eine Umverteilung des Reichtums und für Abrüstung einzusetzen.**

**Die KPÖ wird - wie auch in der Vergangenheit - immer auf der Seite der arbeitenden Menschen stehen.**



**Renate Pacher**



**Franz Moharitsch**



**Sonja Karimi**



**Josef Meszlenyi**

**Ihre KPÖ-GemeinderätInnen und die KPÖ-Knittelfeld**

*Wir wünschen allen Knittelfelderinnen und Knittelfeldern alles Gute für 2021, Gesundheit, soziale Sicherheit und Frieden!*



## Das Budget der Gemeinde für 2021 im Zeichen der Corona-Krise

Das Budget für 2021 wurde unter noch nie dagewesen Rahmenbedingungen erstellt. Die Kosten der Corona-Pandemie sind enorm.

**Die** Einnahmen der Gemeinde schrumpfen. Bei den Ertragsanteilen sollen heuer vom Bund um rund 1,7 Millionen Euro weniger kommen als im Budget 2020. Es gibt nur einen ungenügenden Ersatz für den Einbruch bei den Ertragsanteilen. Die Hilfgelder werden zu einem großen Teil nur in Form zinsenloser Kredite ausbezahlt. Zusätzlich wurden die Gemeinden auch noch mit neuen Aufgaben, wie der Unterstützung der Corona-Massentestungen belastet.

### Minus von rund 500.000 Euro

**Die** Corona-Krise beschert unserer Gemeinde im Ergebnishaushalt ein Minus von fast 500.000 Euro. Und nicht nur heuer, denn laut mittelfristigem Haushaltsplan wird auch in den kommenden Jahren mit einem Abgang gerechnet.



**Die** Gemeinden bekommen von Bund und Land Zuschüsse für Investitionen, deshalb sind im Budget viele Projekte geplant. Das ist gut, aber zu wenig an Unterstützung. Denn

die Gemeinden müssen einen Teil der Investitionen selbst finanzieren und das ist besonders für finanzschwache Gemeinden ein großes Problem.

**Die** Gemeinden brauchen aber auch Geldmittel um den laufenden Betrieb zu finanzieren. Gibt es hier zu wenig Unterstützung drohen Leistungskürzungen, Gebührenerhöhungen und Personalabbau. Nun werden Milliardenschulden angehäuft und viel zu wenig von dem Geld fließt in die Gemeinden.

### Neues Bestattungsunternehmen

**Wir** finden es positiv, dass die Gemeinde nach neuen Möglichkeiten für Einnahmen sucht. Leider geschieht dies, wie so oft, ohne Information und Einbindung der anderen Gemeinderatsparteien. Damit verzichtet die SPÖ auf die Ideen und die Mitarbeit der anderen Gemeinderatsfraktionen. Nur durch unsere Nachfrage was mit dem 250.000 Euro-Posten „Bestattungsunternehmen, Anschaffung- oder Herstellungskosten“ gemeint ist, haben wir erfahren, dass geplant ist auf dem Friedhofsgelände ein gemeindeeigenes Bestattungsunternehmen zu errichten.

### Bei Öffentlichkeitsarbeit sparen

**Angesichts** der finanziellen Schwierigkeiten stellen wir uns die Frage ob nicht in Bereichen wie z.B. der Öffentlichkeitsarbeit gespart werden könnte. Muss man z.B. 14.000 Euro für TV und Radio- oder 13.000 Euro für Printmedienberichterstattung ausgeben? Muss die Gemeindezeitung so viele Seiten haben oder muss der Posten „sonstige Ausgaben/Veranstaltungen“ im Bereich Öffentlichkeitsarbeit von 13.500 auf 21.000 Euro erhöht werden?

### Nur SPÖ-Vorsitzende vorgestellt

**Uns** wird immer erklärt das diene zur Information der Bevölkerung. In einer der letzten Ausgaben von „Der Bürgermeister informiert“ wurden die Vorsitzenden der Ausschüsse mit einem Foto vorgestellt. **Allerdings nur jene der SPÖ**, dass es auch einen Prüfungsausschussobmann gibt, den die FPÖ stellt durften die KnittelfelderInnen nicht erfahren. Das erscheint uns doch eine sehr einseitige Information auf Kosten der SteuerzahlerInnen.

**In** einer Pressekonferenz haben die SPÖ-Bürgermeister von Fohnsdorf, Judenburg, Zeltweg, Spielberg und Knittelfeld auf die finanziellen Schwierigkeiten der Gemeinden hingewiesen und völlig zu Recht mehr Geld vom Bund verlangt.

### Wo bleibt der Ruf nach Vermögenssteuern?

**Leider** hat kein einziger dieser SPÖ-Bürgermeister die Forderung nach einer Reichen- oder einer Erbschaftssteuer für große Vermögen erhoben. Aber wann, wenn nicht jetzt muss man eine höhere Besteuerung von Vermögen, großen Erbschaften oder Konzerngewinnen verlangen?

**Das** ist eine Frage der Gerechtigkeit, denn es gibt genug Geld, es ist nur in den falschen Händen. Die Menschen haben ein Recht auf soziale Sicherheit, leistbare Gebühren und ein lebenswertes Umfeld. Kommt es nicht zu einer gerechten Umverteilung ist das alles in Gefahr.



**Erhalten** die Gemeinden nicht die nötigen Mittel, droht eine zusätzliche Gefahr. Durch die Abgänge werden die Gemeinden gedrängt werden ihr Gemeindevermögen zu privatisieren. Weil es keine gerechte Besteuerung von Reichtum und Gewinnen gibt, gibt es gigantische Summen von anlaufesuchendem Privatkapital, das nur auf den Kauf von Gemeindefliegungen, Stadtwerken oder Gemeindefwäldern wartet.

**Damit** die Corona-Pandemie nicht dazu benutzt wird die Lage der arbeitenden Menschen und auch der Gemeinden zu verschlechtern, muss die Forderung nach einer Finanzierung der Krise durch Reichtum und Konzerngewinnen auf allen Ebenen lautstark erhoben werden.

**Die KPÖ lehnt das Budget aus Protest gegen die Unterfinanzierung der Gemeinden ab, aber auch aus Protest gegen die häufigen Alleingänge der SPÖ-Mehrheitsfraktion.**



## Wasser und Kanal: SPÖ, ÖVP und FPÖ bestätigen die automatische Gebührenerhöhung

Im Jahr 2015 wurde eine neue Wasser- und Kanalabgabenverordnung beschlossen und zum ersten Mal eine jährliche automatische Gebührenerhöhung eingeführt.



**Zuvor** wurden Gebührenerhöhungen im Gemeinderat diskutiert und beschlossen. Weil niemand Gebührenerhöhungen liebt waren die Gemeindeverantwortlichen bestrebt, diese möglichst gering ausfallen zu lassen.

**Dann** wurde von SPÖ, ÖVP und FPÖ eine automatische jährliche Preiserhöhung beschlossen. Die Gebühren werden nun jedes Jahr automatisch erhöht.

**Betriebskosten**, wie Wasser oder Kanal, sind ein wesentlicher Teil der Wohnkosten. Den Menschen fällt es immer schwerer mit ihrem Einkommen auszukommen. Jede Gebührenerhöhung ist eine Belastung.

Die KPÖ hat damals als einzige Fraktion gegen die Erhöhungsautomatik gestimmt.

**Nun** wurden die beiden Gebührenverordnungen in der letzten Gemeinderatssitzung neu beschlossen, da sich die Berechnung auf einen geänderten Verbraucherpreisindex beziehen muss.

**Für Gebührenstopp statt Erhöhung**  
**Auf** Grund der Corona-Krise hat sich die finanzielle Situation vieler KnittelfelderInnen verschlechtert. Es wäre also geboten die automatische Teuerungsklausel aus der Verordnung herauszunehmen und die KnittelfelderInnen durch einen Gebührenstopp zu entlasten. Leider wurden die diesbezüglichen Vorschläge der KPÖ nicht aufgegriffen. Die automatische Gebührenerhöhung wurde von SPÖ, ÖVP und FPÖ bestätigt.

**KPÖ-GR** Josef Meszlenyi wies außerdem darauf hin, dass die Sozialleistungen der Gemeinde im Gegensatz zu den Gebühren keineswegs jedes Jahr automatisch angehoben werden.

## Gedenken an Knittelfelder WiderstandskämpferInnen

Jedes Jahr zu Allerheiligen führt die Gemeinde am Soldatenfriedhof und zusammen mit der Eisenbahnergewerkschaft (viele der Widerstandskämpfer waren Eisenbahner) am Denkmal am Bahnplatz Gedenkveranstaltungen durch. Diesmal wurden beide Veranstaltungen von der Gemeinde abgesagt.

**Das** war uns unverständlich. Die Veranstaltungen fanden im Freien statt, daher bestand keine Gefahr die Corona-Schutzmaßnahmen nicht einhalten zu können. 2020 jährte sich das Ende des Zweiten Weltkrieges zum 75. Mal und rechtes Gedankengut ist in unserer Gesellschaft leider immer noch präsent. Deshalb hielten wir es für ein falsches Zeichen die Ehrung der Knittelfelder WiderstandskämpferInnen einfach abzusagen.

**Vida** Regionalvorsitzender Hans Siegl und die KPÖ luden zu einer Gedenkundgebung ein. Hans Sigl und KPÖ-Gemeinderat Josef Meszlenyi hielten eine Ansprache. So wurde der 29 KnittelfelderInnen gedacht, die aus politischen Gründen von den Nazis ermordet wurden.

**Nach** dem Ende dieser Gedenkfeier besuchten der Bürgermeister, Stadtdirektor Mario Zechner und StR. Erwin Schabhüttl mit Fotografin das Denkmal. Im Stadtmagazin der Gemeinde wurde lediglich über diesen Gedenkbesuch berichtet. Schade, wir meinen es wäre eine angemessene Würdigung der WiderstandskämpferInnen gewesen, wenn die KnittelfelderInnen auch von der stattgefundenen Gedenkveranstaltung und den Inhalten der Reden erfahren hätten.



## Kulturhausrestaurant: Pachtvertrag gekündigt

Nachdem die derzeitigen Pächter des Kulturhausrestaurants den Betrieb nicht mehr weiterführen wollten hat der Gemeinderat den Pachtvertrag mit dem Hauptpächter zum 31. März gekündigt.

**Der** jetzige Pachtvertrag wurde 2013 gegen die Stimmen der KPÖ beschlossen. Wir waren damals der Meinung, dass der Pachtzins von 500 Euro für Restaurant, Atriumbar und Bewirtschaftung des Weißen Saals zu niedrig sei. Außerdem hielten wir es für falsch, dass der Pächter das Lokal nicht selbst betreibt sondern über

eine Franchiseregulierung weiterverpachtet. Wobei wohl anzunehmen war, dass von den Sub-Pächtern mehr als 500 Euro verlangt wurden.

**Nun** muss ein neuer Pächter gefunden werden. Die derzeitigen Subpächter haben einen guten Ruf, es ist aber offen ob eine Direktübernahme auf Grund des Franchisevertrags rechtlich möglich ist.

**Wir** meinen künftig soll es nur mehr Direktverpachtungen geben und auch über eine höhere Pacht muss geredet werden.

## Keine Leiharbeit!

Eine der vielen Verschlechterungen die die letzten Regierungen beschlossen haben ist die Zulassung von Leiharbeit. Ab 1988 ermöglichte die damalige SPÖ/ÖVP-Regierung Leiharbeit. Die konkreten Bedingungen wurden für die arbeitenden Menschen in den kommenden Jahren laufend verschlechtert.

**Leiharbeit** spaltet die Beschäftigten in zwei Gruppen mit unterschiedlicher Bezahlung und Rechten. Sie verschärft die Unsicherheit der Betroffenen, die es noch schwerer haben ein geregelteres Leben aufzubauen. Wir sind der Meinung, dass Leiharbeit verboten werden soll.

**Im** Gemeinderat wurde die Vergabe der Reinigung mehrerer Gemeindebauten und des Hauses der Vereine an Privatfirmen beschlossen. Wir haben eingebracht, dass die Arbeiten von Gemeindebediensteten erbracht werden sollten. Im Reinigungsbereich gibt es zumeist Frauenarbeitsplätze. Mit hoher Wahrscheinlichkeit sind die Arbeitsbedingungen und die Bezahlung bei der Gemeinde besser, und dass sollte uns etwas wert sein.

**Die** Gemeinde Spielberg hat vor kurzem beschlossen Reinigungsarbeiten wieder durch Gemeindebediensteten durchführen zu lassen und erhielt dafür von vielen Seiten Lob. Leider folgt Knittelfeld nicht diesem Beispiel, die Vergabe wurde von SPÖ, ÖVP und FPÖ beschlossen.

## Murtaler Zeitung:

### Medienlandschaft wird ärmer

Ab heuer hat die Murtaler Zeitung, nach über 100 Jahren, ihr Erscheinen eingestellt. Mit dem bereits 2018 erfolgten Ende der Obersteirischen Nachrichten gibt es nun keine traditionelle Regionalzeitungen mehr.

**Während** große Medienkonzerne und Boulevardzeitungen mit hohen Förderungen bedacht werden, kämpfen Regionalmedien seit Jahren ums Überleben. Die Ursachen dafür sind vielschichtig, die Folgen schwer rückgängig zu machen. Mit jeder verschwundenen Zeitung haben es Kultur-, Sport- und andere Vereine, aber auch lokale politische Themen, schwerer in überregionalen Medien ihren Platz zu finden.

**In** Regionalmedien wird auch regionale Geschichte geschrieben. Wer sich heute dafür interessiert was im Murtal vor 50, 80 oder 100 Jahren aktuell war, kann in die Archive der Zeitungen schauen. Diese Möglichkeit werden die Menschen in 100 Jahren dann nicht mehr haben. Die Medienförderungen müssten so aufgeteilt werden, dass das Überleben von kleineren Regionalzeitungen gesichert werden kann.

.....

**Impressum:** Medieninhaber, Herausgeber, Verleger: KPÖ-Knittelfeld, Friedensstraße 10, 8720 Knittelfeld. F.d. Inhalt verantwortlich: Renate Pacher. Druck: Fa. Gutenberghaus



Gedruckt nach der Richtlinie „Druckerzeugnisse“ des Österreichischen Umweltzeichens, LW-Nr.944, 8720 Knittelfeld

## Aus dem Gemeinderat

### Serviceleistungen Apfelberg

In der Fusionsvereinbarung zwischen Apfelberg und Knittelfeld ist festgelegt, dass die Gemeinde in Apfelberg eine Bürgerservicestelle betreibt. Fünf Jahre später wird diese Servicestelle geschlossen.

Wir meinten, die ApfelbergerInnen sollten selbst darüber entscheiden. Nur wenn sich zwei Drittel in einer Volksbefragung gegen den Erhalt aussprechen, sollte die Servicestelle geschlossen werden. In diesem Fall sollten die Einsparungen (rund 40.000 Euro pro Jahr) aber zweckgewidmet für Apfelberg verwendet werden. Unser Vorschlag wurde nicht aufgegriffen.

Nun wurde wenigstens beschlossen dass der dortige Wohlfühladen Taxigutscheine, Müllsäcke, Informationen und Formulare der Gemeinde ausgibt und Gemeindenachrichten aushängt. Dafür gibt es eine Entschädigung von 150 Euro im Monat.

### Bildungskonzept

Die Erstellung des Knittelfelder Bildungskonzeptes erinnert an die „Unendliche Geschichte“. Die wichtige Frage welche Entwicklung unsere Schulen nehmen wurde lange aufgeschoben. Nun wurde eine Erstellung im Gemeinderat beschlossen.

### Bücherschrank

Über Weihnachten wurde vom Referat Kinder, Jugend und Familie am Hauptplatz ein Bücherschrank aufgestellt in dem Bücher entnommen und eingestellt werden können. Eine gute Idee. KPÖ-GR Josef Meszlenyi fragte nach ob das nicht eine Dauereinrichtung werden könnte. Die Obfrau des Ausschusses, GR Regina Biela erklärte, dass das geplant sei.



Steiermärkische  
**SPARKASSE**   
In jeder Beziehung zählen die Menschen.





**Wir wollen nicht für die Krise bluten,  
und zeigen deshalb schon jetzt die Ruten!**



**Die Corona-Milliarden fließen zu den Großen.  
Die Kleinen warten auf Almosen.  
Wer wird die Corona-Schulden einst bezahlen?  
Ohne **Reichensteuer** drohen uns Höllenqualen!**

**Coronabedingt haben wir unsere  
jährliche Krampusverteilaktion  
in eine Steckaktion vor den  
Wohnungstüren umgewandelt.**

### **Corona-Solidaritätsfonds verlängert!**

Der Gemeinderat hat im Vorjahr die Einrichtung eines Corona-Hilfsfonds in der Höhe von 50.000 € beschlossen.

**Bis** Jahresende wurden rund 40.000 € ausgeschüttet. Nun wurde die Aktion bis 31. März verlängert und der Fonds um 10.000 € aufgestockt.

**Wir** befürchten, dass das Jahr 2021 für viele noch schlimmer wird als das Vorjahr. Deshalb ist es gut dass diese Hilfsaktion verlängert wird. Pro Familie werden einmalig 300 Euro vergeben, für jedes Kind zusätzliche 50 Euro. Es gibt Einkommensgrenzen, Ansuchen können bei der Gemeinde eingereicht werden. Bedingung für eine Auszahlung ist Arbeitslosigkeit oder Kurzarbeit auf Grund der Corona-Krise.

### **Erhöhung der Politbezüge in den Solidaritätsfonds spenden!**

**Heuer** sind die Bezüge der PolitikerInnen um 1,5 Prozent erhöht worden. Nur für einige Spitzenverdiener wurde diese Anhebung wieder zurückgenommen. GemeindepolitikerInnen erhalten die Erhöhung.

**KPÖ-StR.** Renate Pacher hat den Vorschlag gemacht alle Knittelfelder GemeindefunktionärInnen sollten diese Erhöhung in den Solidaritätsfonds spenden. Das wären mehrere Tausend Euro, denn allein der Bürgermeisterbezug erhöht sich heuer um rund 127 Euro brutto im Monat. Damit könnten noch mehr KnittelfelderInnen geholfen werden. Bürgermeister Harald Bergmann erklärte er werde das in seiner Fraktion besprechen. Wir hoffen, dass unsere Idee von allen Parteien aufgegriffen wird.

### **Aus dem Gemeinderat**

#### **Verlängerung Taxigutscheine**

**Auf** Initiative der KPÖ hat der Gemeinderat Verbesserungen bei der Taxigutscheinaktion beschlossen. Der Kreis der Menschen, die den 6 € Gutschein nun um 4 € bekommen, wurde deutlich erweitert.

Die Aktion wurde auf ein Jahr befristet. Wir haben darauf hingewiesen, dass es für 2021 einen neuen Beschluss braucht. Das ist in der letzten Gemeinderatssitzung geschehen. Wir haben angeregt die Verbesserungen künftig dauerhaft zu beschließen. Der Bürgermeister signalisierte Zustimmung, wir bedanken uns dafür.

#### **Teure Prozesse statt sofortiger Zahlung**

**Im** Jahr 2016 wurden mehrere LKW-Produzenten von der EU-Kommission wegen illegaler Preisabsprachen zu Strafzahlungen verurteilt. Das betrifft die Firmen DAF, Daimler, IVECO, MAN, Renault, Scania und Volvo. Daher besteht nun für die Geschädigten ein Anspruch auf Schadenersatz. Allerdings muss dieser Schadenersatz erst eingeklagt werden.

Nun wurde beschlossen über eine Rechtsanwaltskanzlei Ansprüche für vier weitere LKW, die von der Gemeinde angekauft wurden einzubringen. Im Fall des Prozessgewinns winken den privaten Rechtsvertretern große Gewinne.

Die LKW-Produzenten mussten an die EU hohe Strafzahlungen abliefern. Aber die wahrhaft Geschädigten, die Käufer der Fahrzeuge, müssen ihr Recht erst teuer und mühsam erstreiten.

[www.kpoe-steiermark.at](http://www.kpoe-steiermark.at)  
Die KPÖ-Murtal ist auch auf Facebook

## **Sparkassenstiftung: Eine bittere Geschichte**

In den kommenden Jahren wird es notwendig sein mehrere Millionen Euro in die Knittelfelder Schulen zu investieren. Die ÖVP hat den Antrag gestellt der Bürgermeister solle mit der Sparkassenstiftung Gespräche über eine Auflösung der Stiftung zu Gunsten der Stadtgemeinde führen. SPÖ und FPÖ haben das abgelehnt.

**Der** Antrag ist leider unrealistisch. Wir haben ihn dennoch unterstützt, weil damit wieder auf den großen Schaden aufmerksam gemacht wurde der rund um die Knittelfelder Sparkassenstiftung für die Gemeinde entstanden ist.

**1869** beschloss der Knittelfelder Gemeinderat eine Sparkasse zu gründen, stellte Anfangskapital zur Verfügung und übernahm die Haftung. 1989 wurde die Knittelfelder Sparkasse in eine Aktiengesellschaft umgewandelt. Verwaltet wurde die Sparkasse durch einen Sparkassenrat, den der Gemeinderat bestellt hat.

**Ohne** den Gemeinderat zu informieren hat sich der Sparkassenrat 1998 selbst aufgelöst und sein Vermögen in eine Privatstiftung eingebracht. Ein Gemeinderatsbeschluss war dafür leider nicht nötig.

**2006** hat die Stiftung ihre Anteile an der Sparkasse an die Steiermärkische Sparkasse verkauft. Der Verkaufserlös floss nicht, wie bei anderen Gemeinden, in die Gemeindekasse, sondern kam in die Stiftung.

**Unter** Bürgermeister Siegfried Schafarik wurde mit rechtlichen Schritten versucht gegen die Stiftungskonstruktion vorzugehen. In zweiter Instanz wurde dieser Prozess verloren, denn leider ist das Stiftungsgesetz ein Gesetz für die Reichen.

**Im** Sparkassenrat, der sich 1998 selbst aufgelöst hat, hatten wichtige SPÖ-Funktionäre die große Mehrheit. Obwohl teilweise selbst Gemeinderäte haben sie gegen die Interessen der Gemeinde gehandelt.

**Heute** sollen rund 12-13 Millionen Euro in der Stiftung liegen. Die Erträge werden von einem Stiftungsrat verwaltet. Die Gelder werden von Privatpersonen nach deren Gutdünken vergeben. Ohne öffentliche Kontrolle. Der Gemeinderat kann höchstens um Unterstützungen ansuchen und wird zum Bittsteller.

## **Stubalpenstraße 40: Mietzinserhöhungen**

Bei mehreren Gemeindewohnungen in Apfelberg laufen Darlehen aus und die Gemeinde möchte danach den Mietzins erhöhen. Als erstes davon betroffen ist das Haus in der Stubalpenstraße 40.

**Derzeit** liegt der Mietzins dort zwischen 1,39 und 2,39 € pro Quadratmeter. Ab Juli 2022 soll er für Altverträge auf 2,39 € und bei Neuverträgen auf 3,10 € angehoben werden. Wir sind der Meinung im Sinne des Gleichheitsgrundsatzes sollte für alle MieterInnen ein einheitlicher Mietzins gelten.

**Der** jetzige Mietzins ist zwar sehr günstig, aber eine Anhebung auf 2,39 € bedeutet immerhin eine Verteuerung von rund 72 Prozent. Wir haben den Antrag gestellt den Mietzins einheitlich auf 2,39 € festzulegen. Es ist aus sozialpolitischen Gründen wichtig, dass die Gemeinde auch günstige Wohnungen vergeben kann. Deshalb sollten die Wohnungen bei Neuvermietungen ausschließlich an Menschen oder Familien mit geringem Einkommen vergeben werden.

**Das** wäre eine Sozialleistung der Gemeinde und würde für Menschen mit geringem Einkommen eine deutliche Verbesserung ihrer Lebenssituation bedeuten. Leider wurde unser Antrag von SPÖ, ÖVP und FPÖ abgelehnt. ÖVP-Fraktionsführer Wolfgang Knauseder meinte günstig wohnen sei in Knittelfeld sicher kein Problem. Wir machen in unseren Sozialsprechstunden andere Erfahrungen.

## **Fehlende Frauenärzte**

Seit langem gibt es Bemühungen, das Problem der fehlenden Frauenärzte in unserer Region zu lösen. Eine Fohnsdorfer Bürgerin hat 3.500 Unterschriften gesammelt, Landtagspräsidentin Gabriele Kolar hat sich eingesetzt und auch die KPÖ hat diesen Mangel immer wieder zum Thema gemacht.

Nun gibt es am Judenburger Krankenhaus in der gynäkologischen und geburtshilflichen Ambulanz die Möglichkeit für Behandlungen. Das ist sehr erfreulich und entschärft das Problem vieler Frauen zu teuren Wahlärzten gehen zu müssen.

## **Buchhandlung in Knittelfeld**

Steinberger Hof

Kirchengasse 6

Telefon 03512 71 374

[www.steinbergerhof.at](http://www.steinbergerhof.at)

**Raiffeisenbank  
Aichfeld**





## KPÖ-Sozialfonds 2020



**KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler, KPÖ-StR. Renate Pacher, KPÖ-GR Josef Meszlenyi und DSA Karin Gruber**

Seitdem KPÖ-MandatarInnen in Funktionen gewählt wurden die mit einem hohen Politikerbezug verbunden sind liefern sie einen beträchtlichen Teil in den KPÖ-Sozialfonds ab. Für KPÖ-MandatarInnen gibt es eine Einkommensgrenze von 2.300 Euro.

**Mit** den eingezahlten Geldern werden bedürftige Menschen unterstützt. Jedes Jahr legen wir die Verwendung dieser Gelder in einer Pressekonferenz offen. Auch in der Obersteiermark gibt es den KPÖ-Sozialfonds. Wir führen Sozialsprechstunden durch, in denen wir von unserer Sozialarbeiterin Karin Gruber unterstützt werden.

**Gemeinderat** Josef Meszlenyi gab einen Überblick: „Im Vorjahr kamen viele Menschen zu uns mit denen wir bisher keinen Kontakt hatten und die nie gedacht hätten dass, sie jemals auf Unterstützung angewiesen sein werden. Die gestiegene Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit machen es für viele Menschen schwer mit ihrem Einkommen durchzukommen. Stadträtin Renate Pacher forderte die Erhöhung des Arbeitslosengeldes das derzeit nur bei einer Ersatzrate von 55% liegt.“

**KPÖ-Klubobfrau** Claudia Klimt-Weithaler berichtete, dass sich viele Eltern die Mehrausgaben durch „Home-schooling“ wie z.B. Laptops nicht leisten können. Hier konnte einigen geholfen werden. Erfreulich ist, dass im Landtag der KPÖ-Antrag für das Aussetzen von Strom und Heizungsabschaltungen angenommen wurde.

## 20 Prozent mehr Eurofighterlärm!

Vor den Gemeinderatswahlen haben mehrere SPÖ-Bürgermeister in den Medien groß angekündigt sich gegen die Lärmbelastung durch die Eurofighter wehren zu wollen. Unser Bürgermeister, ausgestattet mit Ohrenschützern, erklärte auf Facebook „So möchte ich in Zukunft am Wochenende nicht auf der Terrasse sitzen – Lärm macht krank.“

**Im** Gemeinderat wurde eine Resolution beschlossen, es gab ein Treffen mit Vertretern des Bundesheers. Der Lärm der Eurofighter war in den letzten Monaten oft extrem, von den hohen Kosten, gerade in Coronazeiten ganz zu schweigen. Deshalb hat KPÖ-GR Sonja Karimi die Frage gestellt, was die Gemeinde gegen den Lärm unternommen habe.

## KPÖ-Sozialfonds 2020

### Bezirk Murtal

Zinsen und Rest von 2019	69,36 €
Einzahlungen 2020	
LAbg. Werner Murgg	4.680,00 €
<b>Summe</b>	<b>4.749,36 €</b>

Ausgaben:

<b>Für 142 Unterstützungsfälle:</b>	<b>4.740,00 Euro</b>
Saldo: als Plus für 2021	9,36 Euro

### KPÖ Sozialfonds Obersteiermark West

Seit Oktober 2005 gab es **2384 Unterstützungsfälle**, die mit einer Gesamtsumme von **127.642,87 Euro** unterstützt wurden.

### KPÖ-Sozialfonds steiermarkweit:

Gesamtausgaben für Sozialunterstützungen:  
**167.750 Euro für 1.577 Personen.**

Seit 1998 wurden von der KPÖ **20.039 Familien und Personen** mit einer Gesamtsumme von **2.479.245,18 Euro** unterstützt.

**Für KPÖ-PolitikerInnen gilt eine Einkommensgrenze von 2.300 Euro im Monat**

**Josef** Meszlenyi schloss die Pressekonferenz mit einem Ausblick: „Die Arbeitslosenzahlen zeigen, dass der KPÖ-Sozialfonds heuer noch wichtiger sein wird. Dank Zuzahlungen von Claudia Klimt-Weithaler können wir unseren Fonds von derzeit 400 € auf 800 € im Monat aufstocken – und wir werden das leider brauchen.“

### Sprechstunde mit Sozialberatung

Leider können wir corona-bedingt derzeit keine Sprechstunde abhalten, trotzdem können wir Hilfestellungen anbieten.

**KPÖ-Knittelfeld**

**03512/ 822 40**

**DSA Karin Gruber**

**0316/877 5 101**



## Sozialhilfeverband:

### 800 Euro Zusatzeinkommen für Bürgermeister

In der vergangenen Periode war Bürgermeister Harald Bergmann Obmann des Murtaler Sozialhilfeverbandes. Auf Grund der Ergebnisse der letzten Gemeinderatswahlen hat die SPÖ nicht mehr automatisch Anspruch auf den Vorsitz im Murtaler Sozialhilfeverband. In den Medien wurde berichtet, dass sich SPÖ und ÖVP auf einen jährlichen Obmannwechsel geeinigt haben.

**Zuerst** wird Harald Bergmann Obmann und der Weißkirchner Bürgermeister Ewald Peer Stellvertreter. Es wird jährlich gewechselt. Im Zuge dieser Berichterstattung war auch zu lesen, dass mit dieser Funktion ein Bezug von monatlich rund 800 Euro netto für den Obmann und 300 Euro für den Vize verbunden sind.

### 800 Euro pro Monat

**Demnach** würde der Bürgermeister zusätzlich zu seinem Bürgermeisterbezug von monatlich rund 8.651 € brutto noch monatlich 800 € netto bekommen. Wir haben in der Gemeinderatssitzung nachgefragt

und der Bürgermeister hat diesen Betrag bestätigt.

### 36.000 Euro zu 100 Euro

**Wir** haben uns umgehört und erfahren, dass im Sozialhilfeverband Leoben nur 100 Euro an Bezügen ausbezahlt werden. Im Sozialhilfeverband Murtal macht der selbe Posten allerdings 36.000 Euro aus. Es stellt sich für uns die Frage, warum im Murtal so viel für die FunktionärInnen ausbezahlt wird und sich die Leobener FunktionärInnen mit praktisch keiner Aufwandsentschädigung begnügen?

Gewählte Gemeindeorgane	
<b>Sozialhilfeverband Murtal</b>	
Summe Erträge / Einzahlungen operative Gebarung	0,00
Bezüge der gewählten Organe	36.000,00

Gewählte Gemeindeorgane	
<b>Sozialhilfeverband Leoben</b>	
Summe Erträge / Einzahlungen operative Gebarung	0,00
Bezüge der gewählten Organe	100,00

### Entwurf Pflegeverordnung: Noch weniger Personal erlaubt

Die ÖVP/SPÖ Landesregierung hat einen Entwurf für eine neue Verordnung über die Personalausstattung in Pflegeheimen (PAVO) vorgelegt. Diese sieht die Möglichkeit einer **zehnprozentigen(!) Unterschreitung des Personals** vor. **Krankenstände sollen erst nach neun(!) Wochen Auswirkungen auf die Berechnung des Personalschlüssels haben.**

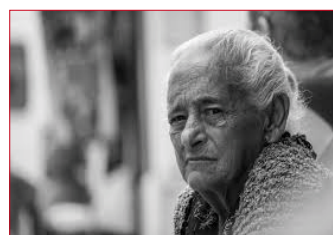
**Dazu** aus der Stellungnahme der Pflegeombudschaft: „Daher muss abschließend mit Nachdruck betont werden, dass sich die PatientInnen- und Pflegeombudschaft dezidiert gegen diesen Entwurf ausspricht, da dadurch die Pflegequalität in der Stei-

ermark massiv sinken würde und die Patientensicherheit nicht mehr gewährleistet wäre.“

**Dieser** Entwurf ist ein Hohn auf die Lehren der Corona-Krise und die Nöte von Pflegepersonal und HeimbewohnerInnen. Es braucht nicht weniger sondern mehr Personal in den Heimen. Die KPÖ hat mehrmals den Antrag gestellt den Personalschlüssel in der Steiermark auf das Wiener Niveau anzuheben, das deutlich mehr Pflegepersonal vorschreibt. Die Anträge wurden von ÖVP und SPÖ abgelehnt. Offensichtlich sind ÖVP und SPÖ der Meinung, dass SteirerInnen weniger Pflege brauchen als Menschen in Wien.

### Bis zu 65 Euro „Eintritt“ im Seniorenheim?

Die Coronamaßnahmen sind für die Menschen in Seniorenheimen besonderes hart. Nur ein maximal 20-minütiger Besuch, einmal in der Woche, getrennt durch eine Plexiglaswand sind erlaubt. BesucherInnen müssen auch einen negativen Corona-Test vorweisen.



**Jeder** mit nur einem Funken Mitgefühl kann sich vorstellen wie schlimm das für BewohnerInnen und Angehörige ist. Insbesondere bei Demenz, wo man dem alten Menschen nicht erklären

kann warum plötzlich fast kein Besuch mehr kommt.

**Nun** würde man meinen in dieser Situation wird alles getan um den Besuch zu erleichtern. Leider Fehlanzeige. Möglichkeiten für einen Gratistest wurden von der ÖVP/GRÜN-Regierung nicht vorgesehen. BesucherInnen müssen den Test selbst bezahlen und das kann laut Medienberichten bis zu 65 Euro kosten.

Für Menschen mit kleinem Einkommen wird der Besuch im Pflegeheim damit fast unleistbar. Die KPÖ fordert daher Gratis-Testmöglichkeiten vor Ort.

**Dieses** Beispiel ist ein weiteres Zeugnis für die Abgehobenheit dieser Regierung, der die Selbstdarstellung wichtiger ist als das Ausarbeiten von durchdachten Lösungen. Für jemand mit einem Minister-einkommen von rund 18.000 Euro sind 65 Euro für einen Schnelltest kein Problem. Allein daran zeigt sich dass die Polikergehälter gesenkt werden sollten damit PolitikerInnen den Bezug zum realen Leben der Menschen nicht ganz verlieren.



**Wohnung zu vermieten**  
**Hochhaus**  
**Sandgasse 8, ca. 68 m<sup>2</sup>**  
**Anfragen:**  
**0676 79 96 811**